

VERTRAULICHE MITTEILUNGEN®

AUS POLITIK, WIRTSCHAFT UND GELDDANLAGE

REDAKTION/ABONNEMENTVERWALTUNG
BUCHVERSAND

D-78266 BÜSINGEN

D-27315 HOYA / POSTFACH 1251

TELEFON (0 77 34) 60 61

TELEFON (0 42 51) 5 61

TELEFAX (0 77 34) 71 12

TELEFAX (0 42 51) 30 70

Verlässlich und kompetent seit 1951

1 **Sehr geehrte Damen und Herren,**

bitte gestatten Sie, daß wir an dieser Stelle noch einmal auf die sich deutlich abzeichnenden Probleme der weltweiten Nahrungsmittelproduktion eingehen. Denn was wir in unseren heimischen Supermärkten bereits in Form zeitweise leerer Regale (z.B. bei Mehl und einigen Ölsorten) und steigender Preise erleben, droht für andere Menschen, die in zumindest nahrungstechnisch weniger privilegierten Regionen leben, zu einer Frage des Hungerns, ja durchaus auch des Überlebens, zu werden.

Die Ukraine und Russland gelten als Europas Kornkammer. Russland ist mit einem Marktanteil von etwa 20 % der weltweit größte Weizenexporteur, die Ukraine folgt auf Platz 5 (die vorstehende Rangfolge bezieht sich auf die Exportmenge, nicht auf die Gesamt-Produktion). Das von Moskau als Antwort auf die westlichen Sanktionsmaßnahmen bis zum 30.6.2022 verfügte Ausfuhrverbot für Weizen, Gerste und Roggen macht sich deshalb bereits jetzt bemerkbar. Dabei baut man im Kreml vor allem auf den weltweiten Druck, den der dadurch erzeugte Getreidemangel schon jetzt ausübt. So leidet z.B. Ägypten, das normalerweise rund 80 % seines jährlichen Getreidebedarfs von 13 Millionen Tonnen aus Russland bezieht. Man sucht in Kairo jetzt intensiv nach alternativen Bezugsmöglichkeiten, bisher aber praktisch erfolglos – Gespräche mit potentiellen Lieferanten aus den USA, Kasachstan und Rumänien verliefen jedenfalls bisher im Sande. In Ägyptens Nachbarland Libanon wird der Weizen schon jetzt rationiert und darf nur noch für die Brotherstellung genutzt werden.

Während der russische Lieferstopp sofort wirkte, zeichnen sich bezüglich der Ukraine zusätzlich kriegsbedingte Produktions- und damit Lieferschwierigkeiten für den kommenden Herbst und Winter ab. Durch teilweise zerbombte und oft noch gar nicht bestellte Felder wird die nächste Ernte deutlich geringer als üblich ausfallen. Und wenn etwas geerntet werden kann – und nicht ohnehin im Land selbst dringend benötigt wird –, dürfte sich zumindest eine Verschiffung über das Schwarze Meer schwierig gestalten. Derzeit sind alle ukrainischen Häfen geschlossen und eine Reihe von Schiffen kann nicht auslaufen oder wartet noch auf die Abfertigung. Nach aktuellen Schätzungen stecken deshalb aktuell rund 5 Millionen Tonnen Getreide alleine in diesen Häfen bzw. den dort liegenden Schiffen fest.

Zwar zählen Deutschland und die Europäische Union insgesamt nicht zu den Hauptabsatzmärkten für ukrainisches Getreide. Die meisten Lieferungen gehen vielmehr nach China und in einige afrikanische Staaten. Doch wenn ukrainische Lieferungen, ganz gleich wohin, ausfallen, macht sich dies zwangsläufig in einer erhöhten Nachfrage nach Getreide anderer Herkunft bemerkbar, was mindestens zu steigenden Preisen führt. Erschwerend kommen deutliche Preiserhöhungen für Saatgut und bestimmte Düngersorten hinzu. So ist z.B. der Preis für Harnstoffdünger seit Beginn des Ukrainekrieges um ca. 50 % gestiegen, der Diesel-Preis für die Landmaschinen hat sich teilweise fast verdoppelt.

Dabei stände die weltweite Landwirtschaft auch ohne Krieg und Zerstörung vor massiven Problemen. Die Weltbevölkerung wächst noch immer deutlich (jährlich um rund 80 Millionen Menschen) und der in den letzten Jahren in den sogenannten „Schwellenländern“ stark gestiegene Lebensstandard macht sich auch in einem geänderten Konsumverhalten mit einem überproportional steigenden Getreidebedarf bemerkbar.

Voraussichtlich noch weiter steigende Getreidepreise und ein insgesamt „engeres“ Angebot werden sich auch in Deutschland bemerkbar machen, wobei hier glücklicherweise nicht mit Hunger, sondern „nur“ mit steigenden Preisen zu rechnen ist. Anders sieht es aber schon in den meisten nordafrikanischen Staaten aus (siehe oben). Dort können weiter steigende Preise oder gar Lieferausfälle schnell zu heftigen politischen Unruhen und in der Folge neuen Flüchtlingsströmen führen. Russland spielt bei alledem eine Schlüsselrolle und es steht zu befürchten, daß der Kreml diese Klaviatur noch laut und deutlich vernehmbar nutzen wird. Die gegen Russland verhängten Sanktionsmaßnahmen sollen an dieser Stelle nicht kritisiert werden. Doch es wird immer deutlicher, daß Sanktionen in den meisten Fällen eben keine „Einbahnstraße“ sind und man im Regelfall mit heftigem „Gegenverkehr“ rechnen sollte. (tb)

2 **Maskenpflicht für Auto-Verbandskasten**

Noch in diesem Jahr soll es zur Pflicht werden, den Auto-Verbandskasten um zwei „Masken“ zu ergänzen. Die den Inhalt des Verbandskastens regelnde DIN-Norm 13164 wurde bereits entsprechend angepasst, zur Rechtskraft und Mitföhrpflicht ist aber noch eine entsprechende Änderung der Straßenverkehrs-Zusatzordnung (StVZO) erforderlich, die noch für dieses Jahr erwartet wird. Noch hat der Gesetzgeber es allerdings nicht geschafft, verbindlich festzulegen, ob FFP-2-Masken (oder Vergleichbares) mitgeföhrt werden müssen, oder ob medizinische Masken ausreichen. Wer einem möglichen kleinen Verwarnungsgeld wegen fehlender Masken (10 €) bei einer zukünftigen Verkehrskontrolle aus dem Weg gehen möchte, sollte den Auto-Verbandskasten schon jetzt entsprechend ergänzen. (tb)

3 IWF bekommt Kredite von Griechenland zurückgezahlt

Erleichtert konnte Griechenland bereits vor einigen Wochen die Rückzahlung der letzten ausstehenden IWF-Kredite verkünden. Dies ist für Griechenland ein großartiger Befreiungsschlag, während er für Deutschland und die Europäische Union – beabsichtigt oder unbeabsichtigt – noch zu einem Problem werden kann. Dazu muß man zunächst wissen, daß der IWF (Internationaler Währungsfonds) bei seinen Kreditgewährungen bekanntermaßen schmerzhaft – oft auch politische – Nebenbedingungen geradezu diktiert. Um diesen oft knebelnden Nebenbedingungen, zu denen im Falle Griechenlands auch das Verbot eines Schuldenerlasses zählte, so schnell wie möglich wieder zu entgehen, zahlen die meisten Staaten ihre erhaltenen IWF-Kredite so schnell wie möglich wieder zurück. Aus dem gleichen Grund sind auch Zahlungsausfälle kaum zu verzeichnen. Und nur unter den strikten IWF-Auflagen durften während der akuten Krisenphase auch die Bundesrepublik bzw. die Europäische Union (mit überwiegend deutschem Geld) weitere Kredite an Griechenland vergeben.

Mit dem „Ausstieg“ Griechenlands aus den IWF-Restriktionen durch Rückzahlung kann Hellas nun aber in den Genuß eines intern bereits diskutierten Schuldenerlasses durch die EU und Deutschland kommen, der seitens des IWF bisher blockiert wurde. Es geht um mehr als 260 Mrd. Euro, die Griechenland zusätzlich von Deutschland und der EU erhielt, um letztlich damit auch IWF-Kredite zurückzuzahlen. Gelder, für die eine alleinige oder Mithaftung der deutschen Steuerzahler besteht, wurden also zumindest teilweise für die Rückzahlung griechischer IWF-Schulden verwendet und dürften nun letzten Endes Hellas geschenkt werden. Zu den Verlierern bei diesem regelrechten Finanzskandal werden – wieder einmal – die deutschen Steuerzahler zählen. (eh)

4 „Negev-Gipfel“

Bei Anwesenheit US-amerikanischer Vertreter vereinbarten Israel und die vier arabischen Staaten Ägypten, Bahrain, Marokko und die Vereinigten Arabischen Emirate ein auf Dauer eingerichtetes und „Negev-Gipfel“ titulierte Forum zur Pflege der Zusammenarbeit. Man möchte mindestens einmal jährlich tagen und dabei sowohl Fragen einer vertieften Zusammenarbeit in den verschiedensten Bereichen als auch die Möglichkeiten der „Abschreckung“ gemeinsamer Feinde klären. Dabei ginge es vor allem um „den Iran und seine Ableger“, wie Israels Außenminister Jair Lapid ganz offen erklärte.

Anlaß des Auftakt-Treffens waren die internationalen Atom-Verhandlungen mit dem Iran, die kurz vor einem Abschluß zu stehen scheinen. In Israel und mehreren arabischen Staaten fürchtet man, daß der Iran danach wieder den Zugriff auf Milliarden US-Dollar erhält, die bis jetzt „eingefroren“ sind und die in neue Terroraktivitäten „investiert“ werden könnten. Wie zur Bestätigung dieser Befürchtung kam es etwa zeitgleich zu einem Attentat zweier israelischer Araber, die sich als Sympathisanten des Islamischen Staats bekannten und zwei israelische Grenzposten töteten sowie einige Personen verletzten. Der im Gazagebiet operierende Islamische Staat begrüßte den Anschlag und bezeichnete ihn als eine erste Reaktion auf den „Negev-Gipfel“. Der emiratische Außenminister Abdullah Bin Sajed entgegnete, daß man mit dem Gipfel „eine bessere Umgebung für Menschen und Wirtschaft“ schaffen und auf diese Weise „dem Narrativ des Hasses, der Gewalt und des Terrors begegnen“ wolle.

Jordaniens König Abdullah II. weilte zeitgleich im Rahmen eines schon länger vereinbarten Treffens mit Palästinenserpräsident Mahmud Abbas in Ramallah, wo man auch über den „Negev-Gipfel“ sprach. Der palästinensische Ministerpräsident Mohammed Schtajjeh von der Fatah äußerte sich später kritisch: „Arabische Normalisierungstreffen ohne Ende der israelischen Besetzung Palästinas sind eine Illusion, ein Trugbild und eine Belohnung für Israel.“ Jordaniens König Abdullah II. stimmte dem zu und sagte sinngemäß, daß man für Sicherheit und Stabilität in der Region wieder auf eine klare Zweistaatenlösung auf Basis der Waffenstillstandslinien von 1967 zurückkehren müsse. Jordanien, daran ließ der König keinen Zweifel, werde immer an der Seite der Palästinenser stehen. Gute und dauerhafte Friedenschancen sehen anders aus. (tb)

5 Nigeria möchte mehr Gas nach Europa liefern

Es ist relativ wenig bekannt, daß Nigeria der aktuell zwölftgrößte Erdgasförderer der Welt ist. Gäbe es keine anderweitigen Lieferverpflichtungen und entsprechende Transportkapazitäten, könnte das afrikanische Land die russischen Erdgasexporte nach Deutschland im Alleingang ersetzen. Die Nigerianer wollen jetzt auf jeden Fall die (aus ihrer Sicht) gegebene Gunst der Stunde nutzen, um sich für europäische Investoren interessant zu machen und damit gleichzeitig ihre bisher gegebene Abhängigkeit von Gaslieferungen nach China abzubauen.

Algerien (das bereits erhebliche Gasmengen nach Italien, Spanien und Portugal liefert), Niger und Nigeria haben sich im Hinblick auf neue europäische Kunden bereits auf den Bau einer „Trans-Sahara-Gaspipeline“ verständigt. Es wird eine 4000 Kilometer lange Leitung durch die drei vorgenannten Staaten, deren Jahreskapazität bei 30 Milliarden Kubikmeter liegen soll. In Afrika verfolgte man dieses Projekt schon seit einiger Zeit, doch aus Europa kamen immer wieder mahnende und bremsende Stimmen. Man solle sich auch in Afrika, hieß es bis zum Ukrainekrieg, von der Förderung fossiler Brennstoffe lieber abwenden und bevorzugen auf „grüne Energie“ setzen. Davon ist jetzt bekanntermaßen keine Rede mehr. Im Gegenteil – selbst der tiefgrüne deutsche Wirtschaftsminister Robert Habeck ist um die Deckung des deutschen Gasbedarfs besorgt und nahm dafür bereits den einen oder anderen „Bückling“ in Kauf. (tb)

6 Koschere „Fleisch-Revolution“

In Israel gibt es eine Reihe Hochtechnologieunternehmen, die an der Perfektionierung der Herstellung von synthetischem oder in Kulturen gezüchtetem „Fleisch“ arbeiten. Ihnen kommt jetzt die Entscheidung einer ganzen Reihe prominenter Rabbiner zugute, laut der dieses „Fleisch“ als „parve“ (kein Fleisch und kein Milchprodukt) anzusehen sei und deshalb zusammen mit Milchprodukten verzehrt werden dürfe. Ganz abgesehen von der Tatsache, daß echtes Fleisch in Israel sehr teuer ist, können Juden damit einen mit künstlichem „Fleisch“ hergestellten Cheeseburger essen, ohne gegen ihre religiösen Regeln zu verstoßen. Diese besagen unter anderem, daß fleisch- und milchhaltige Lebensmittel keineswegs zusammen aufbewahrt, zubereitet oder gar verzehrt werden dürfen. (tb)

7 „Energiepoker“

Geht es um Steinkohle-, Öl- und Gaslieferungen aus Russland, so würden diese in den letzten Wochen als von Tag zu Tag unsicherer eingeschätzt. Dafür sorgte, kurz und bündig zusammengefasst, zum einen die in Europa zunehmende Diskussion über die Frage, ob man nicht von sich aus auf den Bezug aus Russland verzichten sollte. Und zum anderen war und ist es unsicher, ob Russland angesichts der zunehmenden Sanktionsbeschlüsse seine bisher verlässliche „Liefermentalität“ aufrechterhalten wird. Im Folgenden wird bewußt ohne jede politische Aussage festgestellt, welche Länder bzw. Regionen in welchem Ausmaß von russischen Energielieferungen abhängig sind. Für die Steinkohle hat sich diese Betrachtung im Übrigen bereits erledigt, die Staaten der Europäischen Union werden den Bezug aus Russland schon innerhalb der nächsten Monate einstellen. Alternative Lieferanten seien weltweit vorhanden, ob die bisherigen Preise zu halten sein werden, muß sich allerdings erst noch herausstellen.

Bei Öl und Gas hat sich bisher vor allem Europa auf russische Lieferungen verlassen. Dies zeigt auch das Gas-Pipelinennetz mit seiner auffälligen Ost-West-Orientierung. Bis zum Beginn des Ukrainekrieges importierten die europäischen Staaten rund 27 % ihres Erdölbedarfs und 40 % des Erdgases aus Russland. Eine Umorientierung ist – ein entsprechend verfügbares Angebot vorausgesetzt – bei Öl rein verkehrstechnisch noch vergleichsweise einfach, weil i.d.R. „nur“ die Fahrtrouten der anliefernden Öltanker geändert werden müßten. Als Problem für Europa könnte sich hier allerdings noch die Willensbildung innerhalb der in der „Opec+“ zusammengeschlossenen Förderländer erweisen, weil hier bekanntermaßen auch Russland vertreten ist. Und das in Nordamerika (USA und Kanada) noch zu fördernde Erdöl sollte unter Hinweis auf umweltschutztechnische Aspekte bisher im Boden belassen werden. Inwieweit es hier noch zu einem kurzfristigen Umdenken kommen kann, bleibt abzuwarten. Zu berücksichtigen ist ferner, daß sich die verschiedenen Rohölsorten in ihrer Zusammensetzung durchaus unterscheiden und deshalb nicht in jeder beliebigen Raffinerie bearbeitet werden können. Es kommt deshalb im Zweifelsfall nicht nur darauf an, überhaupt Rohöl zu beschaffen, sondern es muß auch eine geeignete Sorte sein . . .

Gleiches gilt auch für Erdgas, weil dieses in nicht unerheblichem Umfang nicht einfach verbrannt, sondern für chemische Prozesse verwendet wird. Müßte man die Lieferungen aus Russland ersetzen, könnte man zu einem nicht unerheblichen Teil auf niederländische Gasreserven zurückgreifen. Die sogenannten „Groningenfelder“ zählen schon jetzt zu den größten der Welt und sie könnten noch auf das Fünffache ausgebaut werden. Doch in den Niederlanden strebte man bisher eher eine Einstellung der Förderung an, weil schon die bisherigen Maßnahmen zu Bodensenkungen und Erdbeben geführt hatten. Die weitere Entwicklung dort ist deshalb nicht abzusehen. Eine andere Möglichkeit zur Gasförderung in Europa wäre die Zulassung der Fracking-Methode. Doch auch hier gibt es sehr widerstreitende Umweltschutzeinwendungen, die auf eine eher geringe Realisierungschance schließen lassen. Es bleibt der Bezug verflüssigten Erdgases (LNG) per Schiff, wofür die erforderlichen Löscheinrichtungen nun in Rekordzeit gebaut oder erweitert werden sollen. Doch hierfür sind auch im besten Fall zwei Jahre oder mehr anzusetzen.

Zu den Profiteuren der abzusehenden Entwicklung (weniger Energielieferungen von Russland nach Europa) wird zweifelsohne die Volksrepublik China zählen. Sobald die derzeit auch dort etwas stockende Konjunktur wieder Fahrt aufnehmen wird, wird man in Peking gerne auf russisches Öl zurückgreifen. Dann allerdings nur zu Sonderkonditionen – denn neben Indien wird dann China einer der wenigen verbliebenen Großkunden Russlands sein.

Einen interessanten Sonderfall nimmt in dieser Betrachtung noch Japan ein, das – mit Ausnahme der Kernenergie – praktisch seinen gesamten Energiebedarf importieren muß. Die dabei anteilig aus Russland bezogenen Mengen sind zwar mit einem Anteil von 4 % (Öl) bzw. 9 % (Gas) nicht sehr hoch, aber Nippon hat in großem Umfang in russische Öl- und Gasfördereinrichtungen investiert, insbesondere auf der Insel Sachalin, die an Japans nördlichste Inseln grenzt. (tb)

8 Corona im Krankenhaus

Die private Helios-Kliniken-Gruppe hat etwas gemacht, was Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) und seine Behörden und Institute bis jetzt vermieden haben: Helios veröffentlichte anonymisierte Patientendaten, aus denen hervorgeht, ob diese wegen einer Covid19-Erkrankung eingeliefert wurden oder ob die „Corona-Diagnose“ nur zusätzlich erfolgte. Es geht dabei, salopp formuliert, um die Frage, wie viele Patienten wegen Corona ins Krankenhaus kamen und wie viele nur mit.

Es ist eine Frage, deren Beantwortung für die Beurteilung einer Pandemie entscheidend war und ist. Denn es sind vor allem die „wegen“ Corona ins Krankenhaus eingelieferten Patienten, deren zu hohe Zahl zu einer Überlastung des Gesundheitssystems führen kann, womit dann wiederum grundrechtseinschränkende Gegenmaßnahmen begründet wurden.

Ende März, als die Wochentags-Neuerkrankungen Werte von 200 000 oder mehr erreicht hatten, lagen etwa 1500 sogenannte „Covid-Patienten“ in den Helios-Häusern. Doch etwa 1000 von ihnen wurden erst bei der Krankenhausaufnahme positiv getestet und aus völlig anderen Gründen eingeliefert. Und etwa zeitgleich wurde aus der Medizinischen Hochschule Hannover hinter allerdings nur vorgehaltener Hand berichtet, daß bis zu 90 % der dortigen „Corona-Patienten“ eigentlich gar nicht „Covid19-krank“ seien, sondern schwerwiegend an anderen Krankheiten litten.

Anfang des Jahres, auch das soll in diesem Zusammenhang angemerkt sein, waren nach den Helioszahlen noch etwa 1000 von 1500 Patienten tatsächlich „Covid19-krank“. Doch auch damals waren also von 100 gemeldeten „Covid19-Kranken“ nur etwa 66 tatsächlich im Krankenhaus Behandlungspflichtig. Lauterbach und seine Kollegen bezogen sich aber stets auf die „Hunderterzahl“, wenn sie neue oder die Beibehaltung alter Restriktionen forderten.

Ohne an der Notwendigkeit oder Sinnhaftigkeit mancher Pandemie-Maßnahmen zweifeln zu wollen, bleibt doch festzustellen, daß beim Umgang mit den Erkranktenzahlen etwas mehr Sorgfalt und Ehrlichkeit angebracht gewesen wäre. Dabei reichen Krankenhäuser und Robert Koch-Institut (RKI) den Schwarzen Peter hin und her. Während das RKI behauptet, die Kliniken angewiesen zu haben, nur die „echten“ Covid19-Fälle zu melden, dürfte in der Praxis wohl so gut wie jeder positiv getestete Patient als wegen Covid19 eingeliefert gemeldet worden sein. (tb)

9 Nur aus Luft und Sonnenlicht

An der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich (ETH Zürich) arbeitet man gemeinsam mit einem jungen Unternehmen an der Entwicklung synthetischen Kerosins für die Luftfahrt, das – stark verkürzt ausgedrückt – aus nichts anderem als Luft und Sonnenlicht hergestellt werden soll. Das erste dafür notwendige Aggregat ist ein Filter, mit dessen Hilfe Kohlendioxid (CO₂) in großen Mengen aus der Luft gefiltert werden soll. In einem neuentwickelten Reaktor soll dieses – bei der Verbrennung fossiler Stoffe freigesetzte – Kohlendioxid wieder zu einem brennbaren Treibstoff zurückentwickelt werden.

Dafür ist aber ein erheblicher Energieeinsatz erforderlich, der diesen ganzen Prozeß bisher unwirtschaftlich erscheinen ließ. Die Forscher haben nun aber einen Versuchsreaktor entwickelt, bei dem ein Spiegelfeld Sonnenlicht in einem Brennpunkt bündelt und dort für die erforderlichen hohen Temperaturen sorgt. Denn erst bei einer Hitze von rund 1500 °C kommt die gewünschte Aufspaltung und Bildung eines sogenannten Synthesegases zustande, aus dem dann in bereits standardisierten Verfahren (z.B. die Fischer-Tropsch-Synthese) u.a. Kerosin, Methanol oder auch Benzin hergestellt werden können.

Angesichts der weltweiten „Klimasorge“ liegt der große Vorteil dieses möglichen Verfahrens in der Tatsache begründet, daß bei der späteren Verbrennung des so gewonnenen Treibstoffs immer nur so viel CO₂ freigesetzt wird, wie der Luft zuvor entzogen wurde. Der Nachteil liegt im noch sehr hohen Herstellungspreis und der Tatsache begründet, daß diese Technologie erst zur Treibstoffgewinnung im Milliliterbereich taugt. Doch inzwischen ist eine größere Anlage im Bau, mit deren Hilfe im nächsten Jahr bereits einige Tausend Liter erzeugt werden sollen. Die Forscher hoffen, daß mit den Produktionsmengen auch die Kosten sinken. Schon in zehn bis zwanzig Jahren sollen die ersten Flugzeuge der „Swiss“ mit diesem Kerosin starten. (tb)

10 Bezugsrechtweisung für Lebensversicherung stets auf dem Laufenden halten

In Lebensversicherungsverträgen muß bekanntermaßen angegeben werden, wer im Todesfall der versicherten Person bezugsberechtigt ist. Sollte sich diese Bezugsberechtigung auf eine andere Person als den (gesetzlichen oder testamentarischen) Erben beziehen, ist es wichtig, diese Weisung bei einer Änderung der familiären Situation umgehend anzupassen.

In einem vom Oberlandesgericht Frankfurt am Main entschiedenen Fall (Urt. v. 3.11.2021, Az. 7 U 74/20) hatte ein Mann 2008 eine Risikolebensversicherung abgeschlossen und seine damalige Lebensgefährtin als bezugsberechtigt eintragen lassen. Nach der Trennung teilte er seinem Versicherungsmakler formlos mit, daß er eine andere Frau geheiratet habe und das Bezugsrecht entsprechend angepasst werden solle. Der Makler sandte seinem Kunden daraufhin ein entsprechendes Formular zu, das dieser aber nicht an die Versicherung weiterleitete.

Als der Mann 2019 verstorben war, forderten sowohl die Gattin als auch die frühere Lebensgefährtin die Auszahlung der Versicherungsleistung. Die Versicherungsgesellschaft zahlte an die frühere Lebensgefährtin, die ja noch als bezugsberechtigt eingetragen war. Eine gegen die Versicherung gerichtete Klage der Ehefrau war letztlich erfolglos, weil sie keinen Beweis für eine Änderung des Bezugsrechts zu ihren Gunsten vorlegen konnte. Auch die Bestätigung des Versicherungsmaklers, daß der verstorbene Kunde eine entsprechende Absicht hegte, konnte hieran nichts mehr ändern. (tb)

11 Schutzlos . . .

Der Ukrainekrieg spielt sich nur etwa 1000 Kilometer vor unserer „östlichen Haustür“ ab und in den 1990er Jahren waren die kriegerischen Auseinandersetzungen auf dem Balkan noch viel näher. Gleichwohl wurde seit dem Ende der Sowjetunion der zivile Katastrophenschutz noch viel „stiefkindlicher“ behandelt als davor ohnehin schon. Inzwischen gibt es für kaum einen Bewohner unseres Landes mehr Schutzmöglichkeiten und selbst der nahe Bonn (dem früheren westdeutschen Regierungssitz) gelegene Regierungsbunker ist zum funktionsunfähigen Museum geworden, ohne daß nahe Berlin etwas Vergleichbares neu entstand. Denn nach der deutschen Wiedervereinigung wurde ein großer Teil der westdeutschen Bunker nach und nach aus den Schutzkonzepten gestrichen und die ostdeutschen fanden gar keinen Eingang.

Doch – Achtung: Zynismus – vielleicht braucht man die Bunkerplätze auch gar nicht mehr. Denn der deutschlandweite Warntag am 10.9.2020 brachte schließlich zutage, daß eine flächendeckende Sirenenwarnung praktisch nicht mehr möglich war und auch die modernen Smartphone-Warnapps versagten kläglich. An vielen Orten kamen die so verschickten Warnmeldungen erst mit einer Zeitverzögerung von 30 Minuten an – und bis dahin könnte viel passieren . . .

Die noch heute eingelagerten Notrationen an Grundnahrungsmitteln würden je nach Anzahl der zu versorgenden Personen für einige Tage bis hin zu wenigen Wochen reichen. Und das Technische Hilfswerk wäre aktuell in der Lage, deutschlandweit lediglich rund 400 000 Menschen mit genügend Trinkwasser zu versorgen. In den deutschen Erdgasspeichern lagert zwar von deutschen Gasversorgern gekauftes Gas – doch die Anlagen an sich werden in den meisten Fällen von Tochterfirmen russischer Erdgas-Riesen betrieben . . .

Im Rahmen des jedem Einzelnen Möglichen kommt es für den Katastrophen- oder Kriegsfall deshalb mehr denn je auf den Selbstschutz, auf die Eigenverantwortung an. Das Kochbuch „Kochen ohne Strom“ (für 9,99 € zzgl. Versandkostenpauschale über unseren Buchdienst in Hoya erhältlich) hilft dabei ebenso wie die in der „Vertraulichen“ vom 22.3.2022 unter der Textziffer 8 zum Abruf angebotenen Grundinformationen für das Anlegen eines Notvorrats. (tb)

12 Für Sie aufgelesen:

„Nicht nur Helden bleiben auf dem sinkenden Schiff, sondern auch die Nichtschwimmer.“

Herausgeber: Verlag Arbeit und Wirtschaft – Verlag und Versand – OHG, Postfach, D-78266 Büsingen. Bankverbindung: Sparkasse Engen-Gottmadingen DE11 6925 1445 0008 1044 40 (BIC: SOLADEST1ENG). Verantwortliche Redakteure: Dipl.-Ök. Thomas Brüggmann (tb), Dr. Eike Hamer v.V. (eh).

Druck: Adam Prettenhofer GmbH & Co. KG, D-27324 Eystrup. Wir geben unsere Meldungen, Auskünfte und Empfehlungen nach bestem Wissen. Haftungsansprüche sind außer bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit ausgeschlossen und verjähren in 6 Monaten, nachdem von den sie begründenden Umständen Kenntnis erlangt wurde, spätestens aber in 3 Jahren.